St. Peters Bote

Herausgegeben von den Benediktinern der St. Peters-Abtei zu Münster, Saskatchewan, Canada.

Preis für Canada $2.00 das Jahr; für die Ver. Staaten und das Ausland $2.50. Das Abonnement ist vorauszubezahlen.

Wegen Anzeigeraten wende man sich an die Redaktion.

Anzeigen, Korrespondenzen usw., sollen spätestens am Montag eintreffen. Adresse: St. Peters Bote, Münster, Sask., Canada.

1926 Kirchenkalender 1927

November	Dezember	Januar
1 M Allerheiligen	1 M Cajetan, Bek.	1 S Neujahr
2 D Allerseelen	2 D Bibiana, J. M	
3 M Pirmin, B	3 F Franz Xaver, Bek.	2 S Hl. Name Jesu
4 D Karl Borrom., B.	4 S Barbara, J. M.	3 M Genoveva, J. M.
5 F Zacharias & Elisab.		4 D Angela, W.
6 S Leonhard, B	5 S Sabbas, Abt II Adv	5 M Telesphorus, P, M.
7 S Engelbert, B. M.	6 M Nikolaus, B.	6 D Hl. Drei Könige
8 M Willibald, B.	7 D Ambrosius, B.	7 F Lucian, Bek.
9 D Theodor, M.	8 M Unbefl. Empf. Mariä	8 S Severin, Abt.
10 M Andreas Avell., Bek.	9 D Peter Fourier, Bek.	9 S Julianus, M.
11 D Martin, B.	10 F Melchiades, P. M.	10 M Agatho, P.
12 F Martin, P. M.	11 S Damasus, P.	11 D Hyginus, P. M.
13 S Stanislaus, Bek.	12 S Konstantin, M III Adv	12 M Arkadius, M
14 S Josaphat, B. M.	13 M Lucia, J. M.	13 D Gottfried, Abt.
15 M Gertrud, J.	14 D Berthold, Bek.	14 F Hilarius, B. Kchl.
16 D Othmar, Abt	15 M Christina, J. Quat.	15 S Paulus, Einsiedler
17 M Gregor, B.	16 D Adelheid, J.	16 S Marcellus, P. M.
18 D Odo, Abt	17 F Sturmius, Abt. Quat	17 M Antonius, Einsiedler
19 F Elisabeth, W.	18 S Wunibald, Abt. Quat	18 D Petri Stuhlfeier i. Rom
20 S Kolumban, Abt	19 S Urban, P. IV Adv.	19 M Kanut, Kg. M
21 S Maria Opferung	20 M Julus, M.	20 D Sebastian, M.
22 M Cäcilia, J. M.	21 D Thomas, Ap.	21 F Agnes, J. M
23 D Klemens, P. M.	22 M Demetrius, M.	22 S Vinzenz, M.
24 M Johann v. Kr., Bek.	23 D Hartmann, B.	23 S Maria Vermählung
25 D Katharina, J. M	24 F Irmina, J. Vigil	24 M Timotheus, B. M.
26 F Silvester, Abt.	25 S Hl. Weihnachtsfest	25 D Pauli Bekehrung
27 S Virgilius, B.	26 S Stephan, Erzmärtyrer	26 M Polykarp, B. M.
28 S Natas, M. I Adv	27 M Johannes, Ap & Ev.	27 D J. Chrysostomus, B. Kl.
29 M Saturnin, M.	28 D Unschuldige Kinder	28 F Julianus, B.
30 D Andreas, Ap	29 M Thomas v Canterbury	29 S Franz v Sales, B. Kirch
	30 D Margaretha Col. J.	30 S Hyacintha, J.
	31 F Silvester, P.	31 M Petrus Nol., Bek.

Gebotene Feiertage.

Fest der Beschneidung des Herrn, Neujahr, Freitag 1. Januar.
Fest der Hl. Drei Könige, Mittwoch 6. Januar.
Fest der Himmelfahrt Christi, Donnerstag 13. Mai.
Fest Allerheiligen, Montag 1. November.
Fest der Unbefl. Empfängnis Mariä, Mittwoch 8. Dezember.
Weihnachtsfest, Samstag 25. Dezember.

Gebotene Fasttage.

Quatembertage: 24. 26. 27. Februar.
26. 28. 29. Mai.
15. 17. 18. September.
15. 17. 18. Dezember.

10tägige Fasten: 17. Februar bis 3. April.
Vigil von Pfingsten, 22. Mai.
Vigil von Mariä Himmelfahrt, 14. August.
Vigil von Weihnachten, 24. Dezember.

Welt-Rundschau

(Fortsetzung von Seite 1.)

bloß eine Taufe Christi, und jeder gültig Getaufte untersteht von Rechtswegen der Autorität der Kirche Christi. Zudem wurde in diesem Falle die Kirche um ihre Entscheidung gebeten.

Nicht alle, die außerhalb der katholischen Kirche stehen, haben sie wegen dieser Entscheidung verdammt, sie fand Verteidiger auch in diesen Reihen. Von manchen derselben gilt freilich, was in dem Gebete ausgedrückt ist: „Herr, errette mich von meinen Freunden!“ Unter diesen ist vor allem der vielgenannte und in mancher Hinsicht vielleicht mit Recht vielgepriesene Jugendrichter Lindsay von Denver, Colorado.

Lindsay lobt die Kirche, daß sie eine Ehe aufgelöst hat, die ohne Liebe eingegangen worden sei. Er stellt fest, daß eine Ehe ohne Liebe überhaupt keine Ehe sei, und deshalb aufgelöst werden solle. Ja er geht noch weiter und verlangt, daß es den Eheleuten zu irgendeiner Zeit freistehen solle, ihre Ehe aufzulösen, wenn die gegenseitige Liebe geschwunden sei, und sich wieder zu verheiraten.

„Wenn das am grünen Holze geschieht, was soll man von dürren erwarten?“ Lindsay betrachtet sich infolge seiner Stellung und seiner langjährigen Tätigkeit offenbar als Lehrer seines Volkes. Er hat über derartige Dinge bereits ein Buch geschrieben und veröffentlicht gegenwärtig ein anderes in einer populären Zeitschrift. Darin sucht er zu zeigen, daß die amerikanische Jugend sich mit Recht gegen den durch die Gesetze eingeschärften Zwang in Ehesachen auflehne. Was Lindsay in seiner Einbildung, ein berufener Lehrer seines Volkes zu sein, bestärkt, ist die Achtung und Bewunderung, die ihm von seinen Landsleuten fast allgemein gezollt wird. Was soll da den Ver. Staaten für die Zukunft bevorstehen?

Schon jetzt ist in Amerika das Familienleben schrecklich zerrüttet. Alle Staaten haben sich das Recht angemaßt, das Gebot Gottes über die Unauflöslichkeit und damit über die Einheit der Ehe abzuschaffen. Die Auflösung der Ehe wird immer leichter und die Gründe, um eine solche zu erlangen, immer zahlreicher. Und doch ist Lindsay noch immer nicht zufrieden, er strebt anscheinend nach der russischen Freiheit, wo jeder Mann und jedes Weib, ohne irgend welche Formalität, zu jeder Zeit eine Ehe eingehen oder ohne weiteren Grund wieder auflösen kann, um eine neue einzugehen. Wenn es so fortgeht und wenn Propheten wie Lindsay den Lauf noch beschleunigen, so mag schon die nächste Generation Zustände von Zuständen werden, deren sich vielleicht Sodoma und Gomorra schämt hätten.

Da darf man in der Tat beten: „Herr, befreie uns von unseren Freunden!“ Hilfsgenossen wie Lindsay kann die katholische Kirche nicht brauchen. Er hat sich auch gar nicht einmal die Mühe genommen zu lernen, was die Kirche in dem angezogenen Falle getan hat und aus welchen Gründen sie gehandelt hat. Ein großes Licht, wie er in seiner Einbildung ist, setzt sich über solche Kleinigkeiten einfach hinweg. Es ist nur freudig zu begrüßen, daß er die Kirche nicht bloß deshalb verdammt, daß sie sich der Wiederverheiratung geschiedener Personen, die gültig verheiratet waren, entgegensetzt, sondern auch deshalb, daß sie den Satz aufrechthält: „Ein jeder, der ein Weib mit Begierde nach ihr ansieht, hat schon in seinem Herzen die Ehe mit ihr gebrochen.“ Scheinbar weiß Lindsay gar nicht, daß dies die Worte Christi sind. Sie stehen geschrieben bei Matthäus 5,28. Oder noch wahrscheinlicher [illegible], daß dem Jugendrichter seine eigene Ansicht mehr gilt als das Wort Christi. Armes Land, das solchen Propheten lauscht!

Sitzung der Liga des Völkerbundes

Am 6. Dezember traten die Außenminister von England, Frankreich, Italien, Deutschland, Japan, Belgien, Böhmen und Polen zu ihrer Dezembersitzung in Genf zusammen. Die Hauptsache, die auf dem Programm stand, war das Gesuch Deutschlands, die interalliierte Kontrollkommission über die Abrüstung Deutschlands abzuschaffen und die Kontrolle dem Völkerbunde zu übertragen.

Eine offizielle Erklärung über das Resultat der Sitzung, die am 12. Dezember zu Ende ging, ist noch nicht veröffentlicht worden. Doch scheint die Nachricht auf Richtigkeit zu beruhen, daß mit dem 1. Februar 1927 die Kontrolle von der Kommission auf den Völkerbund übergehen soll, obwohl noch spät am Abende des 11. Dezember ein Vertreter der französischen Abordnung zum Rate behauptete, es sei noch kein Abkommen über die Beendigung der Kontrollkommission erreicht.

Den Beschluß scheinen englische Zeitungen zu bestätigen, die ihrer Befriedigung dadurch Ausdruck geben, daß sie ihn als dem Geiste von Locarno und dem gesunden Menschenverstande entsprechend bezeichnen. Zugleich drücken sie die Hoffnung aus, daß die Besetzung des Rheinlandes, die nicht bloß nutzlos, sondern auch für Deutschland äußerst anstößig und demütigend sei, möglichst bald ihr Ende erreichen möge.

Wenn dieser Beschluß wirklich zustande kam, so hat er in der Sitzung einen harten Kampf gekostet, der vor allem von Frankreich und Polen ausging. Als Sachverständiger wurde natürlich der große Held Foch berufen, dem es die Furcht vor den Deutschen nun einmal angetan hat. Auf Friedenswillen setzt er kein Vertrauen, er fühlt sich nur sicher, wenn Frankreich bis auf den letzten Mann bewaffnet und Deutschland sogar der Möglichkeit der Bewaffnung beraubt ist. Auch Chamberlain von England macht gar nicht den Eindruck, als ob er sich für die Abschaffung der Kontrollkommission begeistern könnte.

Interessant sind die Einwendungen, die nach all den bisherigen Maßregeln zur Entwaffnung Deutschlands noch gemacht wurden. Da erregte es vor allem Anstoß, daß manche deutsche Zivilgesellschaften in ihrem Aufputz zu sehr das Aussehen militärischer Verbindungen hätten. Man darf gespannt darauf sein, was alles darunter verstanden sei. Im Falle der Völkerbund die Kontrolle übernimmt, müssen diese und andere Anschuldigungen untersucht werden, um etwaige Mißstände abzuschaffen. Dann wird man es wohl erfahren. Außerdem sollen in Königsberg, in Ostpreußen, Befestigungen angelegt werden, die über das von Versailles erlaubte Maß hinausgehen sollen und wodurch sich Polen bedroht fühle. Zudem besteht der Verdacht, daß Königsberg als Basis zur Herstellung von Waffen und Maschinen für Waffenfabrikation diene; von da fänden die Waffen ihren Weg nach Rußland und weiterhin nach — China! Beweise dafür scheinen nicht erbracht, sondern nur Mutmaßungen geäußert worden zu sein. Dahinter haben einige sogar ein kommendes großes Bündnis zwischen Deutschland, Rußland und China, um der bolschewistischen Idee zum Siege zu verhelfen. Kein Wunder, daß es manchen Vertretern graute und sie die Faust fest auf Deutschland zu halten wünschten. Doch zuletzt scheint die Mehrheit trotzdem mehr vom gesunden Menschenverstande, als von Ammenmärchen beeinflußt gewesen zu sein.

Die letzte Beschuldigung ist nicht bloß interessant, sondern geradezu amüsant. Man kann sich leicht vorstellen, welche Erleichterung es für die in China bedrängten Mächte sein muß, endlich einen Sündenbock für alles Unheil gefunden zu haben, das seit langer Zeit in China vor sich geht. Zwar hat Rußland schon lange als Hauptruhestörer in China gegolten, aber diesem Lande ist nicht beizukommen, da es sich in allem so widerhaarig zeigt und bisher sich alle Einmischung von außen vom Halse gehalten hat. Aber Deutschland, das man so erfolgreich unter dem Daumen hält, das man aus irgendwelchem Grunde und auch ohne Grund maßregeln kann, läßt sich besser als Sündenbock benützen. Die öffentliche Meinung in den früheren Friedensländern ist ja immer noch gegen Deutschland aufgereizt, infolge der einstigen Kriegspropaganda hält man es immer noch, ohne Beweise zu fordern, jeglicher Bosheit fähig.

So kann mancher unfähige Staatsmann seinen Mißerfolg durch den Hinweis auf Deutschland von sich abschütteln. Wir leben wahrhaftig in einer großen Welt. Wären die Dinge nicht so unsäglich traurig, sie wären wahrhaft drollig.

Das internationale Wirtschaftsmanifest

(Fortsetzung von Seite 1.)

und seinen natürlichen Ablauf behinderten. Niemals hatte es der Handel notwendiger als heute, von solchen Einengungen frei zu sein, um dem Handeltreibenden zu ermöglichen, sich den neuen und schwierigen Bedingungen anzupassen. Der Zusammenbruch von großen politischen Gebietseinheiten in Europa war ein schwerer Schlag für den internationalen Handel. Innerhalb weiter Gebiete, deren Einwohner bis dahin ihre Produkte im freien Handel ausgetauscht hatten, wurden neue Grenzen errichtet, die durch Zollgesetze eifersüchtig gesperrt werden. Alte Märkte verschwanden, Rassengegensätze konnten Gemeinschaften auseinanderreißen, deren Interessen untrennbar miteinander verwoben waren. Um diese neuen Grenzen in Europa zu verteidigen, wurden Lizenzen, Tarife und Verbote eingeführt, deren Resultate sich für alle Beteiligten bereits als höchst nachteilig erwiesen. Hinter den Zollmauern wurden neue Lokalindustrien begründet, die infolge der Konkurrenz nur dadurch am Leben erhalten werden konnten, daß die Zollmauern noch höher wuchsen. Eisenbahntarife, die nach politischen Ueberlegungen festgesetzt sind machen Transitverkehr und Frachttransporte schwierig und teuer. Eine künstliche Teuerung ist hervorgerufen worden. Die Produktion als Ganzes genommen ist zurückgegangen. Die Kredite haben sich verringert, und der Geldumlauf hat abgenommen. Zwiele Staaten haben die gemeinsamen Interessen der Welt außer acht gelassen, indem sie ihre kommerziellen Beziehungen auf die ökonomisch unsinnige Basis stellen, allen Handel als eine Form von Krieg zu betrachten.

Daher kann keine Erholung in Europa eintreten, bis die Politiker in allen Ländern sich darüber klar sind, daß Handel kein Krieg ist, sondern ein Austauschprozeß, und daß in Zeiten des Friedens unsere Nachbarn unsere Kunden sind, und daß ihr Wohlstand eine Vorbedingung für unser eigenes Wohlergehen ist. Glücklicherweise sind Anzeichen vorhanden, daß endlich die öffentliche Meinung in allen Ländern zur Erkenntnis der drohenden Gefahren gekommen ist. Der Völkerbund und die Internationale Handelskammer sind am Werke, alle Formalitäten, Verbote und Einschränkungen auf ein Minimum zu reduzieren. Einflußreiche Persönlichkeiten in einigen Ländern setzen sich für völlige Aufhebung der Zolltarife ein. Von andern Seiten ist der Abschluß von langfristigen Handelsverträgen auf der Grundlage der Meistbegünstigung vorgeschlagen worden. Einige Staaten haben in kürzlich abgeschlossenen Verträgen die Notwendigkeit erkannt, den Handel von allen niederdrückenden Einengungen zu befreien. Die Erfahrung lehrt allmählich auch andere, daß das Niederreißen der ökonomischen Hindernisse zwischen den einzelnen Nationen sich als sicherstes Heilmittel gegen das Stagnieren des Handels erweist, das überall zu verspüren ist. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß d. Wiedereinführung d. Handelsfreiheit die beste Möglichkeit in sich birgt, Handel und Kredit in der Welt wiederherzustellen.

Von Oesterreich haben u. a. unterzeichnet Arthur Krupp, Louis Rothschild, Richard Reisch; von Belgien Deprez und Hautin, von der Tschechoslowakei Postasil, Dänemark Rosenkranz.

Die französischen Unterzeichner haben eine Erklärung abgegeben, worin es heißt:

In der Befürchtung, daß einige Stellen des Manifestes gewisse Meinungsverschiedenheiten herbeiführen können, präzisieren die Unterzeichneten die Punkte, mit denen sie einverstanden sind. Sie sind der Auffassung, daß die Unsicherheit und wirtschaftliche Unordnung in den Folgen des Krieges und insbesondere den Währungskrisen den Ursprung hat. Sie glauben, daß vor allem die Länder, deren Währung noch nicht stabilisiert ist, raschestens einer gesunden Währung zustreben müßten. Sie werden das um so eher können, als die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern auf normalen Grundlagen wiederhergestellt werden. Sie sind der Auffassung, daß die übermäßige Höhe oder Starrheit gewisser Zollschranken und die Behinderung des internationalen Verkehrs durch mißbräuchliche Transportvorschriften verurteilt werden müßten. Sie sprechen sich demgemäß für alle Maßnahmen zur Beseitigung derartiger künstlicher Schranken gegen die uneingeschränkte Wiederaufnahme der internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Vorkriegszeit aus. Es ist für einen modernen Staat unmöglich zu leben und zu gedeihen, ohne mit den anderen Staaten Handelsbeziehungen zu unterhalten. Infolge der engen gegenseitigen Abhängigkeit der Völker kann das wirtschaftliche Gleichgewicht der Welt nur durch einen gegenseitigen Austausch von Kreditgewährungen u. Warenlieferungen hergestellt werden.

Aus Deutschland unterzeichneten Geh. Kommerzienrat Dr. Bosch, Geheimrat Felix Deutsch, Dr. Carl Melchior, Franz v. Mendelssohn, Dr. Schacht, Karl Friedr. v. Siemens, Franz Urbig, Generaldirektor Vögler, F. H. Witthöfft.

Die Unterzeichneten Italiens hätten begrüßt, wenn auch an all den zahlreichen Formen des unmittelbaren oder mittelbaren Zollschutzes, der Benachteiligungen oder Bevorzugungen, der künstlichen Prämien und der Ausnahmeverbeschränkungen Kritik geübt worden wäre. Mit diesen Vorbehalten schließen sie sich dem Manifest an.

Aus Großbritannien haben u. a. unterzeichnet: Balfour, Bradbury, Goodenough, McKenna, Montagu Norman, Lionel de Rothschild, Josiah Stamp.

Außerdem haben unterzeichnet hervorragende Persönlichkeiten aus Holland, Ungarn, Schweden, Schweiz, Norwegen, Polen, Rumänien sowie aus den Ver. Staaten, darunter J. P. Morgan und Perkins.

* * *

Dem WTB-Handelsdienst wird zu dem heute veröffentlichten Wirtschaftsmanifest aus deutschen Wirtschaftskreisen folgende Bemerkung gemacht:

Der Kreis der deutschen Unterzeichner ist wohl aus rein organisatorischen Gründen zunächst nur ein verhältnismäßig kleiner. Es dürfte aber kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Appell in den deutschen Wirtschaftskreisen einen starken Widerhall und zahlreiche weitere Befürworter unter den führenden deutschen Wirtschaftlern finden wird. Eine besondere Bedeutung erhält der Appell für Deutschland dadurch, daß von einer so großen Zahl führender Wirtschaftler aus nicht weniger als 16 Ländern die wirtschaftlichen Fehlgriffe des Versailler Vertrages erkannt und ihre Beseitigung als Vorbedingung für ein Wiederaufblühen der europäischen Produktion und des europäischen Handels erkannt wird.

(„Deutsche Zukunft“.)

Kurze Neuigkeiten.

Im Alpenpaß des Großen Sankt Bernhard fielen drei Mönche dem Dienste der christlichen Nächstenliebe zum Opfer. Während eine Abteilung von zehn Bernhardiner-Mönchen auf Skis die gewöhnliche Runde machte, um etwa verunglückten Reisenden Hilfe zu leisten, stürzte eine Lawine von der Höhe herab und verschüttete fünf derselben. Den anderen fünf, die außerhalb des Bereiches der Lawine waren, gelang es, dieselben herauszugraben. Doch waren drei der Verschütteten bereits tot. — Der Große Sankt Bernhard ist ein 2469 Meter hoher Bergpaß im Kanton Wallis, der das Schweizer Rhonetal bei Martigny mit dem italienischen Tale der Dora Baltea, eines Nebenflusses des Po, nahe bei Aosta, verbindet. Die Bernhardiner-Mönche errichteten auf der Höhe des Passes vor mehreren Jahrhunderten ein Hospiz für verunglückte Pilger, das noch immer seiner Aufgabe getreu ist. Zum Aufsuchen der Verirrten und zu anderen Hilfeleistungen bei deren Rettung haben sie eigens die berühmte Rasse der Bernhardinerhunde dressiert.

Nach dem Berichte des Board of Railway Commissioners ereigneten sich im vergangenen Monate November auf den kanadischen Eisenbahnen 63 Todesfälle und 296 Personen erlitten Verletzungen durch Unglücksfälle. Von den Getöteten waren 6 Passagiere und 29 Angestellte. Das zeigt, daß die meisten Unglücke bei den Frachtzügen vorkamen. Wer die übrigen 28 waren, ist nicht klar. Vielleicht Autoisten, die mit Zügen zusammenstießen.

Die Vorbereitungen zur Internationalen Wirtschaftskonferenz

Von Dr. W. Flemming (Düsseldorf).

(Am 15. November trat in Genf das Sachverständigenkomitee zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz zusammen. Den folgenden Ausführungen kommt also besonders aktuelles Interesse zu. Neues Reich.)

Die Frage der Regelung der verfahrenen wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa ist seit dem vergangenen Jahre stark in den Vordergrund des öffentlichen Interesses getreten und dies ist auch selbstverständlich, denn man hat allmählich eingesehen, daß die ganzen schwebenden Wirtschaftsprobleme und augenblicklich herrschenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten weniger in den Verhältnissen der einzelnen Länder begründet sind, daß sie vielmehr einen internationalen Zusammenhang haben. Es ergibt sich nun daraus, daß die europäische Wirtschaftskrise weniger durch einzelstaatliche Maßnahmen, sondern vielmehr durch internationale Zusammenarbeit behoben werden kann.

Der Gedanke der europäischen Zusammenarbeit wurde geboren aus der Anschauung, daß die ungeheure Kompliziertheit des Problems zu gesunden Wirtschaftsverhältnissen auf dem europäischen Kontinent zu gelangen, kleine Reformarbeiten von vornherein ausschließe. Der Gedanke des Zusammenschlusses stand in Verbindung mit der Entwicklung Amerikas und Asiens, man sah vom geopolitischen Standpunkte in der Zukunft Wirtschafts-„Kontinente“. In riesigen Komplexen waren Rohstoff- und Ackerbauländer mit Gebieten intensivster durch Konzentration menschlicher Arbeitskräfte gekennzeichneter Verarbeitungsgebiete zusammengefaßt und durch ein großzügiges Verkehrsnetz zur Zusammenarbeit befähigt.

Daß die bisher verfolgte Politik eines vollständigen wirtschaftlichen Abschlusses der Länder Europas voneinander u. zugleich einer größtmöglichen Exportsteigerung ein „circulus vitiosus“ (ein Fehlschluß) ist, muß jeder wirtschaftlich Denkende zugeben. Sie hat die einzelnen Länder der Reihe nach an den Rand des Abgrundes gebracht. Die Wirtschaftsverhältnisse lassen sich aber unabhängig von der Politik nicht lösen. Einigermaßen mußte ja überraschen, daß der Vorschlag einer Wirtschaftskonferenz, die alle diese schwebenden Fragen lösen soll, gerade von dem Franzosen Loucheur ausging, da gerade Frankreich es gewesen ist, das mit seinen „Friedensverträgen“ und der damit zusammenhängenden Zerschlagung zueinander gehörender Wirtschaftsgebiete sowohl hinsichtlich Erzeugung als auch Absatzes erst den Grund zu der Krisis in der Weltwirtschaft gelegt hat.

Bedeutsam war der Satz Loucheurs in seiner Rede anläßlich der Vorlage des Antrages auf Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz, daß die heutige Wirtschaftskrisis morgen eine schwere Gefahr werden könne. Hieraus kann man sehen, daß selbst einflußreiche französische Kreise mit Sorgen der Zukunft entgegensehen. Wenn er dann feststellte, daß die Kohlenproduktion in England, Frankreich und Deutschland eine Uebererzeugung darstelle, die die augenblickliche Störung des internationalen Kohlenmarktes herbeiführe, so hat er damit recht, aber wenn er behauptet, daß es doch möglich sein müsse, diese Schwierigkeiten zu überwinden, so kann man dem nicht ohne weiteres zustimmen, denn einer Produktionseinschränkung werden sich alle Länder, besonders aber Frankreich, sicher entgegensetzen. Herr Loucheur hat zurzeit sicher mit beredten Worten seine Ansicht kundgetan, daß seine Landsleute kaum Einwendungen machen könnten. Aber wenn man seine genaue Einstellung zu allen diesen Fragen kennt, wenn man sich des Satzes erinnert, daß Europa (lies: Frankreich) niemals gestatten würde, daß Deutschland Oesterreich in seine Grenzen einbeziehe, da die Völker den „Frieden“ haben wollten, so steigen dem Politiker wie dem Wirtschaftler bei dem Plane Loucheurs Bedenken auf. Sicher ist es ein Kuriosum, daß bei einer Gesamtkohlenproduktion von 700 Millionen Tonnen in Deutschland, Frankreich und England 15 Millionen Tonnen Ueberschuß den Preis bestimmen und es wäre eine dankbare Aufgabe, wenn derartige „Dummheiten“ — wie Loucheur sagt — geregelt würden. Wird man aber die Politik bei Behandlung dieser Probleme völlig ausschalten?

(Schluß folgt.)